

KInfo

KOMMUNISTISCHE INITIATIVE
INFORMATIONEN 05/2012 NR.61
WWW.KOMMUNISTISCHE-INITIATIVE.DE

9 МАЯ



С праздником Победы

Liebe Genossin, lieber Genosse,

„Solidarität mit Israel darf für uns keine Floskel sein. Wem das Existenzrechts Israels am Herzen liegt, der muss allen voran die iranische Bombe verhindern! Sollte eine Isolierung des iranischen Regimes keinen Erfolg haben und keine diplomatischen Mittel mehr zur Verfügung stehen, um die atomare Bewaffnung des Iran zu verhindern, dann bedeutet Solidarität mit Israel auch ggf. die Unterstützung einer gezielten Militäraktion gegen das iranische Atomwaffenprogramm.“¹

Nein, dieser Auszug stammt nicht direkt aus den Propagandaschmieden der Imperialisten, sondern nahm seinen „Stop the bomb“-Umweg über ... die Jusos Berlin! So selbst-degradiert zum Handlager der Kriegshetzer, sind sie der hoffnungsvolle Nachwuchs einer Partei, die schon den ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945 – gegen Jugoslawien – mit führte.

Auch wenn es zur Zeit ruhiger geworden ist an der Kriegsfront, wurde sie doch beileibe nicht entschärft: Noch am 27.04. wurden in Syrien neun Personen bei einem Selbstmord-Anschlag in Damaskus getötet,² tags darauf wurde im Libanon ein aus Libyen stammendes Frachtschiff mit drei Containern voller Maschinengewehre und schweren Waffen aufgebracht.³ Bestimmt war die Ladung für die syrischen Terroristen. Der „Annan-Plan“, der für die syrische Regierung eine essentielle – weil einen imperialistischen Angriff behindernde – Bedeutung hat, wird systematisch unterminiert⁴:

„Von Beginn an setzt die bewaffnete syrische „Opposition“ alles daran, die UNO-Vereinbarungen platzen zu lassen. Dies geschieht durch gezielte terroristische Anschläge, an deren logistischen Vorbereitungen westliche Geheimdienstagenten beteiligt sind. Der Strom von Söldnern, die in das Land geschickt werden, reißt ebenfalls nicht ab, denn die vergangenen Wochen haben auch belegt, dass die terroristischen Kreise der syrischen Opposition nicht in der Lage sind, den von Washington, London, Paris oder Berlin avisierten regime change ohne massive Unterstützung von außen herbeizubomben“ – so die GEHEIM in ihrer neusten Ausgabe (s.S.9).

Als Verbündetem Syriens erfolgen gegen den Iran derzeit „harte wirtschaftliche Sanktionen gegen Teheran, eine übermäßig kriegstreiberische antiiranische Rhetorik, verdeckte Aktivitäten der westlichen und israelischen Geheimdienste im Land, selektive Morde an Atomwissenschaftlern des Irans und Sabotage in seiner industriellen Infrastruktur“, so berichtet die kubanische *Granma Internacional* (s.S.10). An anderer Stelle wurde herausgearbeitet, die Situation lasse einen *Persian Gulf of Tonkin* befürchten:

„Der Flugzeugträger Enterprise ist in den Persischen Golf verlegt, obwohl er ein antikes, sich langsam bewegendes Ziel und ein möglicher Blitzableiter für den Krieg gegen den Iran ist. Ein pensionierter Marine-Mann erzählte mir im letzten Monat, ‘von ein paar Torpedos würde das Ding taumeln, und dann haben Sie die Alamo, die Maine, die Lusitania, Pearl Harbor, den Golf von Tonkin und 9/11 wieder von vorn, mit dem Iran im Fadenkreuz‘.“⁵
Der Iran stellte mittlerweile seine Ölexporte in die BRD ein.⁶

1.MAI	S. 3
IMPERIALISMUS = KRIEG	S. 8
KAMPF DEM KAPITALISMUS	S. 13
GESCHICHTE	S. 18
SOLIDARITÄT	S. 20
LITERATUREMPFEHLUNG	S. 22

Nach Innen tobt in den kapitalistischen Staaten der Umverteilungs-Krieg weiter. Er „führt in den verschuldeten Ländern der südlichen Eurozone zu neuen ökonomischen und sozialen Verwerfungen. Spanien, das noch Ende März Kürzungen in Höhe von 27 Milliarden Euro vornahm, muss sein Sparprogramm auf 37 Milliarden Euro ausweiten“ (s.S.14). Als zukunftsloses System der Ausbeutung nimmt der Kapitalismus der arbeitenden Bevölkerung die Zukunft, sowohl den Jungen (s.S.16) wie den Alten (s.S.18), während gegenüber den aus dem Arbeitsprozess „Ausgesonderten“ ein massiver sozialer Rassismus zur Normalität geworden ist.⁷

**Es bleibt dabei:
Kapitalismus ist Barbarei – weg damit!**

Martin

KONTAKT@KOMMUNISTISCHE-INITIATIVE.DE



¹ <http://jusos-cw.de/>

³ www.sana.sy/eng/

⁵ www.counterpunch.org/

⁷ www.gegen-hartz.de/

² www.almanar.com.lb/english

⁴ <http://rt.com/news/>

⁶ www.presstv.ir/detail/

1. MAI

Auf der außerordentlichen BMV der KI am 10. März 2012 beschlossener ANTRAG:

Jedes Mitglied der KI hat nach Möglichkeit aktives Mitglied einer DGB-Gewerkschaft zu sein. Das EK sichert diesen Beschluss bis zur nächsten BMV ab, bei der die aktive Gewerkschaftsmitgliedschaft Teil der Mandatsprüfung sein wird.

1. MAI & GEWERKSCHAFT – STELLUNGNAHME DES EK DER KI

Liebe Genossinnen und Genossen,

in wenigen Tagen begehen wir den 1. Mai, den Kampftag des internationalen Proletariats. Wir fordern euch auf, an diesem Tag im Rahmen unserer Möglichkeiten bei den DGB-Demonstrationen einzutreten für ökonomische Verbesserungen und für Arbeiterrechte. Wir fordern euch auf, einzutreten für Sozialismus.

Wir wissen: Die gewaltige Mehrheit der Gesellschaft sind Proletarier und ihre Verbündeten, die jeden Tag ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten gegen Lohn verkaufen müssen. Im Kapitalismus ist alles, was sich für Profit nutzen lässt, eine Ware. Ob das tägliche Brot, Kleidung, Spiele, die Gesundheit oder auch die Arbeitskraft eines Menschen, alles sind Waren. Denn überall steckt die Arbeitskraft des Proletariats drin.

Daraus ergibt sich, dass nur die menschliche Arbeitskraft Werte schafft. Kapital und Boden hingegen können keine Werte schaffen!

Wenn also nur menschliche Arbeit Werte schafft und die Kapitalisten in diesem Land allen Reichtum horten, so müssen sie uns dieser Werte enteignen. Mit jeder Arbeitsstunde verdienen die Kapitalisten mehr an uns, als sie uns als Lohn auszahlen, und das ist immer so! Sie nutzen das Erarbeitete weder für uns, noch für die Gesellschaft, sondern nur für sich. Das müssen sie auch, da sie sonst von der Konkurrenz geschluckt werden. Diese Ausbeutung besteht grundsätzlich, egal wie freundlich sie auch immer tun mögen.

Damit sie also nicht von der Konkurrenz geschluckt werden, versuchen sie überall an „Kosten“ einzusparen, von den Rohstoffen bis hin zu dem Lohn von uns Arbeitern. Obwohl unsere Arbeit alle Werte geschaffen hat, so dass der Kapitalist sich überhaupt eine Maschine und Gebäude leisten kann, will er uns, um seine Profite stabil zu halten oder sogar gegenüber der Konkurrenz auszubauen, den Lohn immer weiter kürzen.

Während sich der Preis anderer Waren danach richtet, dass der Kapitalist einen Maximalprofit auf dem Markt erzielen möchte, kann er bei uns Arbeitern die Preis des Lohns so tief ansetzen, wie letztendlich wir

uns das gefallen lassen. Während der Kapitalist den Staat und seine Verbände als Instrumente hat, um seine Interessen durchzusetzen, haben wir Proletarier nur die Gewerkschaft. Die Gewerkschaft ist dafür da, um am Markt den Preis unseres Lohns gegen die Kapitalisten zu verteidigen. Durch Streichungen von Leistungen oder durch Inflation kürzen die Kapitalisten indirekt unseren Lohn!

Je nachdem, wie gut eine Gewerkschaft ist, fällt der Lohn höher aus, aber einen „gerechten Lohn“ gibt es nicht, da der gesamte Kapitalismus auf Ausbeutung und Lohnraub aufgebaut ist. Ein gerechter Lohn wäre es, wenn den Proletariern alle Werte, die sie geschaffen haben, auch gehörten – die Ergebnisse ihrer Arbeit müssen für die gesamte Gesellschaft nutzbar sein. Dies ist im Kapitalismus natürlich nicht möglich.

Die Gewerkschaft ist der einzige Ort, an dem unsere gemeinsamen Interessen zusammengeführt werden: Mehr Lohn zum Leben! Da ist es hinfällig, „verschiedene“ Gewerkschaften zu haben, denn das ist ein Interesse, das uns alle angeht. Also her mit der Einheitsgewerkschaft!

In der BRD haben wir die erschwerte Situation, dass die simple Aufgabe, unseren Lohn zu erkämpfen und zu verteidigen, von den Gewerkschaften nicht ordentlich gemacht wird. Bestochene Arbeiter, so genannte Arbeiteraristokraten, klüngeln immer wieder mit den Kapitalisten und „erkämpfen“ lächerliche Lohnzuwächse, die sich unterm Strich trotzdem als Lohnkürzungen offenbaren.

Diese Arbeiteraristokraten vertreten die sozialdemokratische Ansicht der „Harmonie“, also der Beruhigung von uns Arbeitern und dem Türaufstoßen für die Kapitalisten, nicht ohne Grund. Sie sind arbeitsferne und von den Kapitalisten ausgehaltene Vertreter der anderen Seite. Denn wer nicht für den Lohnkampf ist, ist für mehr Profite der Kapitalisten und für mehr Armut bei uns Arbeitern und Arbeitslosen.

Trotzdem ist und bleibt die Gewerkschaft der Ort, an dem sich die meisten Proletarier vereint haben. Unsere Aufgabe als Kommunisten muss es sein, lückenlos den Gewerkschaften beizutreten und sie wieder zum Verteidigungsinstrument der Arbeiter umzubauen.

en. In den Gewerkschaften gibt es Tausende von ehrlichen Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit ernst nehmen und unser aller Interesse ehrlich verteidigen wollen. Sie werden auch von ihren sozialdemokratischen Vorgesetzten belogen und in die Irre geführt. Klären wir auf, werben wir für Arbeitermacht, für Sozialismus!

Solidarität unter uns geht nur durch die Gewerkschaft. Deshalb lasst uns unsere Forderungen am 1. Mai auf die Straße tragen: Für mehr Lohn, für die starke Einheitsgewerkschaft, für das solidarische Streikrecht mit allen Arbeitern. Für den politischen Streik - Schluss mit der Ausbeutung und her mit dem Sozialismus!

Wir brauchen mehr Lohn, wir müssen das Krisen und Krieg produzierende System Kapitalismus überwinden, wir wollen endlich in Freiheit von der Lohnsklaverei in unserem geschaffenen Wohlstand leben. Dafür kämpfen wir -

Heraus zu unserem Kampftag, dem 1. Mai!

**Für das EK der KI
PHIL RAMCKE**



DER ZERRISSENE ROCK

Immer, wenn unser Rock zerfetzt ist
Kommt ihr gelaufen und sagt: so geht das nicht weiter
Dem muss abgeholfen werden und mit allen Mitteln!
Und voll Eifer rennt ihr zu den Herren
Während wir, stark frierend, warten.
Und ihr kommt zurück, und im Triumphe
Zeigt ihr uns, was ihr für uns erobert:
Einen kleinen Flicken.
Gut, das ist der Flicken
Aber wo ist
Der ganze Rock?

Immer wenn wir vor Hunger schreien
Kommt ihr gelaufen und sagt: so geht das nicht weiter
Dem muß abgeholfen werden und mit allen Mitteln!
Und voll Eifer rennt ihr zu den Herren
Während wir, voll Hunger, warten.
Und ihr kommt zurück, und im Triumphe
Zeigt ihr uns, was ihr für uns erobert:
Ein Stücklein Brot.
Gut, das ist das Stück Brot
Aber wo ist
Der Brotlaib?

Wir brauchen nicht nur den Flicken
Wir brauchen den ganzen Rock.
Wir brauchen den Brotlaib selbst.
Wir brauchen nicht nur den Arbeitsplatz
Wir brauchen die ganze Fabrik.
Und die Kohle und das Erz und
Die Macht im Staat.
So, das ist, was wir brauchen,
Aber was
Bietet ihr uns an?

*Musik: Hanns Eisler
Text: Bertolt Brecht (aus „Die Mutter“)
Bekannte Vertonung: [Ernst Busch](#)*



SOLLEN REVOLUTIONÄRE IN DEN REAKTIONÄREN GEWERKSCHAFTEN ARBEITEN?

**AUS: W.I.LENIN, *Der "Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus* (1920)
(Lenin Werke Band 31, Dietz Berlin 1978, Kapitel VI, S.31-38)**

Die deutschen "Linken" betrachten es für sich als entschieden, daß diese Frage unbedingt verneinend zu beantworten ist. Ihrer Meinung nach genügen Deklamationen und zornige Ausrufe gegen die "reaktionären" und "konterrevolutionären" Gewerkschaften (besonders "solid" und besonders dumm macht das K. Horner), um "zu beweisen", daß Revolutionäre, daß Kommunisten in den gelben, sozialchauvinistischen, paktiererischen, Legienschen, konterrevolutionären Gewerkschaften nicht zu arbeiten brauchen, ja sogar nicht arbeiten dürfen.

Wie sehr die deutschen "Linken" aber auch überzeugt sein mögen, daß diese Taktik revolutionär sei, in Wirklichkeit ist sie grundfalsch und enthält nichts als hohle Phrasen. [...]

Der Kapitalismus hinterläßt dem Sozialismus unvermeidlich einerseits die alten, in Jahrhunderten herausgebildeten beruflichen und gewerblichen Unterschiede zwischen den Arbeitern und andererseits die Gewerkschaften. Diese können und werden sich nur sehr langsam, im Laufe vieler Jahre zu breiteren, weniger zünftlerischen Produktionsverbänden (die ganze Produktionszweige und nicht nur einzelne Branchen, Gewerbe und Berufe umfassen) entwickeln und erst dann dazu übergehen, vermittels dieser Produktionsverbände die Arbeitsteilung unter den Menschen aufzuheben und allseitig entwickelte und allseitig geschulte Menschen, die alles machen können, zu erziehen, zu unterweisen und heranzubilden. Dahin steuert der Kommunismus, dahin muß und wird er gelangen, aber erst nach einer langen Reihe von Jahren. Der Versuch, heute dieses künftige Ergebnis des vollkommen entwickelten, vollkommen gefestigten und herausgebildeten, vollkommen entfalteten und reifen Kommunismus praktisch vorwegzunehmen, wäre gleichbedeutend damit, einem vierjährigen Kind höhere Mathematik beibringen zu wollen.

Wir können (und müssen) beginnen, den Sozialismus aufzubauen, und zwar nicht aus einem phantastischen und nicht aus einem von uns speziell geschaffenen Menschenmaterial, sondern aus dem Material, das uns der Kapitalismus als Erbteil hinterlassen hat. Das ist sehr "schwer", wer will es leugnen, aber jedes andere Herangehen an diese Aufgabe ist so wenig ernst, daß es gar nicht lohnt, davon zu reden.



Zu Beginn der Entwicklung des Kapitalismus bedeuteten die Gewerkschaften als Übergang von der Zersplitterung und Hilflosigkeit der Arbeiter zu den Anfängen einer Klassenvereinigung einen riesigen Fortschritt der Arbeiterklasse. Als die höchste Form der Klassenvereinigung der Proletarier, die revolutionäre Partei des Proletariats (die ihren Namen nicht verdient, solange sie es nicht gelernt hat, die Führer mit der Klasse und mit den Massen zu einem Ganzen, zu etwas Untrennbarem zu verbinden), sich herauszubilden anfang, da begannen die Gewerkschaften unvermeidlich gewisse reaktionäre Züge zu offenbaren, eine gewisse zünftlerische Beschränktheit, eine gewisse Neigung zur politischen Indifferenz, eine gewisse Stagnation usw. Aber anders als vermittels der Gewerkschaften, anders als durch ihr Zusammenwirken mit der Partei der Arbeiterklasse ging die Entwicklung des Proletariats nirgendwo in der Welt vor sich und konnte auch nicht vor sich gehen. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bedeutet für das Proletariat als Klasse einen riesigen Schritt vorwärts, und die Partei muß noch mehr und auf neue, nicht nur auf alte Art die Gewerkschaften erziehen und leiten, darf aber gleichzeitig nicht vergessen, daß sie eine unentbehrliche "Schule des Kommunismus" sind und noch lange bleiben werden, eine Vorbereitungsschule für die Proletarier zur Verwirklichung ihrer Diktatur, eine unentbehrliche Verei-

nigung der Arbeiter für den allmählichen Übergang der Verwaltung der gesamten Wirtschaft des Landes in die Hände der Arbeiterklasse (aber nicht einzelner Berufszweige) und sodann aller Werktätigen. [...]

In Ländern, die fortgeschrittener sind als Rußland, hat sich, und das mußte so sein, ein gewisser reaktionärer Geist in den Gewerkschaften zweifellos viel stärker geltend gemacht als bei uns. Gerade wegen der zünftlerischen Beschränktheit, des beruflichen Egoismus und des Opportunismus hatten die Menschewiki bei uns eine Stütze in den Gewerkschaften (und haben sie zum Teil in ganz wenigen Gewerkschaften auch heute noch). Im Westen haben sich die dortigen Menschewiki in den Gewerkschaften viel mehr "festgesetzt", dort hat sich eine viel stärkere Schicht einer beruflich beschränkten, bornierten, selbstüchtigen, verknöcherten, eigennützigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten Arbeiteraristokratie herausgebildet als bei uns. Das ist unbestreitbar. Der Kampf mit den Gompers, den Herren Jouhaux, Henderson, Merrheim, Legien und Co. in Westeuropa ist weit schwieriger als der Kampf mit unseren Menschewiki, die sozial und politisch einen völlig gleichartigen Typus darstellen. Dieser Kampf muß rücksichtslos und, so wie wir es getan haben, unbedingt bis zu Ende geführt werden, bis zur völligen Diskreditierung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und Sozialchauvinismus und ihrer Vertreibung aus den Gewerkschaften. Man kann die politische Macht nicht erobern (und soll nicht versuchen, die politische Macht zu ergreifen), solange dieser Kampf nicht eine gewisse Stufe erreicht hat, wobei diese "gewisse Stufe" in den verschiedenen Ländern und unter den verschiedenen Verhältnissen nicht die gleiche ist; und sie richtig abschätzen können nur kluge, erfahrene und sachkundige politische Führer des Proletariats jedes einzelnen Landes. [...]

Doch den Kampf gegen die "Arbeiteraristokratie" führen wir im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen; den Kampf gegen die opportunisti-

schen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit. Und gerade diese Dummheit begehen die "linken" deutschen Kommunisten, die aus der Tatsache, daß die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind, den, Schluß ziehen, daß man ... aus den Gewerkschaften austreten!!; die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!! und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!! Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können. Denn unsere Menschewiki sind wie alle opportunistischen, sozialchauvinistischen und kautskyanischen Führer der Gewerkschaften nichts anderes als "Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung" [...]. »Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der verbürgerten Arbeiter« (vgl. Engels' Brief von 1858 an Marx über die englischen Arbeiter¹⁶) überlassen.

Gerade die absurde "Theorie", wonach sich die Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen, zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig sich diese "linken" Kommunisten zur Frage der Beeinflussung der "Massen" verhalten und wie sie mit ihrem Geschrei von den Massen" Mißbrauch treiben. Will man der "Masse" helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der "Masse" erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der "Führer" (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind.

KARL MARX ÜBER „STRIKES UND ARBEITERKOALITIONEN“

Von Otto Finger

Der Industriekapitalismus erzeugt die objektiven Voraussetzungen für einen wesentlichen subjektiven Faktor der sozialistischen Revolution, nämlich die Organisiertheit der Arbeitermassen. Die objektive Grundlage hierfür liegt in der Konzentration des Proletariats im Gefolge der Konzentration der Produktionsmittel. Triebkraft dieser Organisiertheit, in der die Konkurrenz der Arbeiter untereinander überwunden wird, ist der Klassenkampf. Die „Deutsche Ideologie“

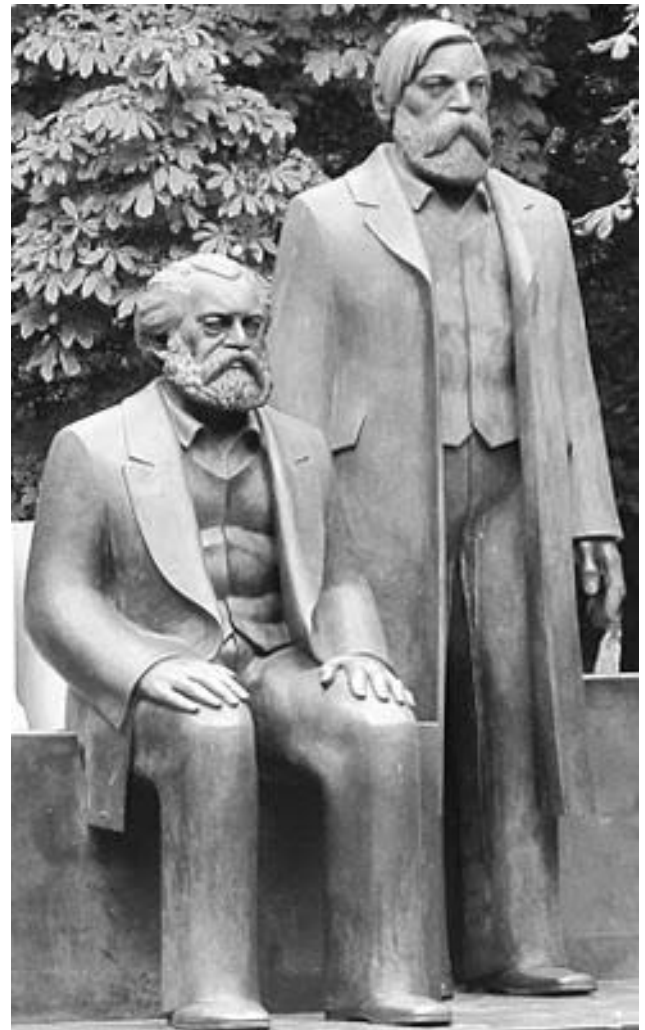
vermerkt hierzu, zur Vereinigung einer jeden gesellschaftlichen Gruppe zur Klasse, zum Weg vom „Ansichsein“ zum „Fürsichsein“ der Klasse: „Die einzelnen Individuen bilden nur insofern eine Klasse, als sie einen gemeinsamen Kampf gegen eine andere Klasse zu führen haben; im übrigen stehen sie einander selbst in der Konkurrenz wieder feindlich gegenüber.“ [1/52]

Eine Konkretisierung dieses Zusammenhangs zwischen der Konfrontation des Proletariats gegen die Bourgeoisie und dem proletarischen Klassenkampf einerseits und der Herausbildung der festen Klassenvereinigung der Proletarier andererseits entwickelt Marx im „Elend der Philosophie“. Karl Marx kritisiert dabei eine falsche Grundkonzeption sowohl der bürgerlichen Ökonomie (eingeschlossen diejenige Proudhons) als auch der utopischen Sozialisten (der Fourieristen und Owenisten). Die von Marx kritisierten Argumente gegen die Koalitionen der Arbeiter, gegen ihre Vereinigung zum Zwecke von Lohn- und Streikkämpfen berühren auch den politisch-ideologischen Nerv arbeiterfeindlicher Demagogie von heute. Die bürgerlichen Ökonomen würden den Arbeitern raten, sich nicht zu vereinigen. Sie würden dadurch den „regelmäßigen Gang“ der Industrie hemmen, den Handel stören, das Eindringen der Maschinen beschleunigen, die einen Teil der Arbeit überflüssig machen und dadurch noch niedrigere Löhne bedingen. Man dürfe sich nicht gegen die „ewigen Gesetze“ der politischen Ökonomie auflehnen. Die utopischen Sozialisten würden den Arbeitern von Koalitionen abraten, weil selbst die mit ihrer Hilfe erkämpften Lohnerhöhungen draufgingen, um die Kosten für den Aufbau und die Erhaltung dieser Organisationen zu bestreiten. Im übrigen aber würden die Arbeiter mit den Koalitionen Politik treiben. Dies aber sollten sie nicht tun. Marx fasst diese Standpunkte so zusammen: „Die Ökonomen wollen, dass die Arbeiter in der Gesellschaft bleiben, wie dieselbe sich gestaltet hat und wie sie sie in ihren Handbüchern gezeichnet und besiegelt haben. Die Sozialisten wollen, dass sie die alte Gesellschaft beiseite lassen, um desto besser in die neue Gesellschaft eintreten zu können, die sie ihnen mit so vieler Vorsorge ausgearbeitet haben.“ [2/53]

Ersteres ist die offene Apologie des Kapitalismus. Die Profitinteressen der Kapitalisten, die in der Tat durch Streik- und Lohnkämpfe beeinträchtigt werden, erscheinen hier als eherner Gesetze, als unabänderliche Ordnung, deren Störung die ganze Gesellschaft in Unordnung brächte. Auch heute noch dominiert diese ideologische Form des Kampfes der Bourgeoisie gegen den gewerkschaftlichen Widerstand der Arbeiter gegen die Ausbeutung. –

Die letztgenannte, utopisch-sozialistische Argumentation gegen die Koalitionen der Arbeiter findet sich in den verschiedensten Varianten neoanarchistischer Konzepte wieder. Auch sie lassen „die alte Gesellschaft“ beiseite, um desto besser in die neue Gesellschaft eintreten zu können. In diesem „Beiseitelassen“ der alten Gesellschaft steckt die ideologisch-

theoretische Wurzel der anarchistischen Form der Apologie des Kapitalismus.



Die marxistisch-leninistische Lehre differenziert scharf zwischen politischem, durch die Partei geführtem und ökonomischen, durch die Gewerkschaften geführtem Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Keineswegs aber achtet sie den ökonomischen Kampf gering. Vielmehr wertet sie ihn als eine historisch notwendige Voraussetzung für den politischen Kampf. - [...]

**Quelle: Philosophie der Revolution.
25.04.2012, Reinhold Schramm (Bereitstellung)**

ganzer Text und ausführl. Quellenangabe:
www.kommunistische-initiative.de/theorie.html

IMPERIALISMUS = KRIEG

NAHER UND MITTLERER OSTEN

KRIEGSGEFAHR BESTEHT FORT!

Veränderte Berichterstattung täuscht. Von Abou Hassan und Michael Opperskalski

Medial erscheint die Region des Nahen Ostens wie entrückt. Noch vor wenigen Wochen drohte jeden Tag der Ausbruch eines neuen Krieges – sei es durch einen israelisch-zionistischen Angriff auf den Iran, einen Aggressionskrieg der USA gegen Teheran, Krieg gegen Syrien, den Libanon oder ein allumfassendes Schlachten unter Miteinbeziehen Frankreichs, der BRD, arabischer Vasallenstaaten des Westens. Die Apokalypse schien jeden Tag auszubrechen, um dann völlig „außer Kontrolle“ geraten zu können...

Jetzt erscheint alles ruhiger. Entsprechende Meldungen sind auf nachfolgende Seiten der Zeitungen und eher im Kleinformate verbannt, Fernsehen und Radio berichten derzeit relativ kurz. Gleichzeitig wird verbreitet, dass erste Gespräche zwischen Teheran und der so genannten internationalen Gemeinschaft in Istanbul in einer eher positiven Atmosphäre verlaufen sind. Ist also jetzt Entspannung angesagt? Haben sich jene, die eindrücklich vor einer heraufziehenden Katastrophe mit unvorhersehbaren Konsequenzen warnten, geirrt oder gar übertrieben?

Nichts ist vom Tisch!

Doch schon ein leichtes Kratzen an der medial zusammengeschnittenen und verbreiteten vorgeblichen „Ruhephase“ werden die Realitäten deutlich; einige davon finden sich deshalb auch in dieser Ausgabe von GEHEIM.

So hatte die syrische Regierung einer Waffenruhe zugestimmt, die von der UNO vermittelt und als „Annan-Plan“ bekannt geworden war. Entsprechend verhandelte Verpflichtungen wurden von Damaskus umzusetzen begonnen. Vor allem jene Teile der syrischen Opposition, die vom Westen, einschließlich Israel, anhängig sind, haben sofort jede Art von Verhandlung kategorisch ausgeschlossen. Von Beginn an setzt die bewaffnete syrische „Opposition“ alles daran, die UNO-Vereinbarungen platzen zu lassen. Dies geschieht durch gezielte terroristische Anschläge, an deren logistischen Vorbereitungen westliche Geheimdienstagenten beteiligt sind. Der Strom von Söldnern, die in das Land geschickt werden, reißt ebenfalls nicht ab, denn die vergangenen Wochen haben auch belegt, dass die terroristischen Kreise der syrischen Opposition nicht in der Lage sind, den von Washington, London, Paris oder Berlin avisierten regime change ohne massive Unterstützung von außen herbeizubomben. Die Mehrheit des syrischen Volkes steht ganz einfach hinter der Regierung und alle Versuche, die Sicherheitskräfte zu spalten, ha-

ben sich als vergeblich erwiesen. Eine internationale Konferenz jagt allerdings die andere, um diese Tatsache zu vertuschen und immer intensivere materielle, logistische, politische und propagandistische Unterstützung für alle Anstrengungen in Richtung regime change zu unterstützen, Bomben, Morde und gezielte Anschläge eingeschlossen. Flankiert wird dies durch immer engherger internationale Sanktionen, die zum Ziel haben, Syrien wirtschaftlich zu erdrosseln.

Desinformationen und türkischer Flugzeugträger

Wie wir erfahren haben, sind besonders der nord-amerikanische, britische und französische Geheimdienst mehr als überrascht darüber, dass ihnen inzwischen auch eigene Erkenntnisse deutlich gemacht haben, dass die syrische Regierung in der Bevölkerung weitaus mehr Unterstützung genießt als zu Beginn der orchestrierten Rebellion angenommen. Auch die massiven Desinformationen haben hieran nicht das Geringste ändern können; ganz im Gegenteil. Erfundene, verzerrte, tendenziöse Berichterstattung dominiert inzwischen die westlichen Medien und soll die öffentliche Stimmung reif machen für eine immer weitere Eskalation der Ereignisse. Von der Desinformation zur aktiven Kriegspartei ist es ein immer kleinerer Schritt. Militärische „Berater“ – sprich Geheimdienstagenten – vor allem aus den USA, Großbritannien, Frankreich und der BRD führen ihre Sonderoperationen immer öfter als Journalisten getarnt durch. [...]

Auch der Iran weiterhin bedroht

[...] Noch gilt es, einige Widersprüche unter den westlichen Kriegstreibern auszubügeln. Dies benötigt noch ein klein wenig Zeit und die Verhinderung eines Alleingangs Tel Avivs, den Obama bereits im Februar geblockt hatte, da dieser ein unkontrolliertes Abrutschen auch Anderer zu einem nicht koordinierten Zeitraum bedeuten. Zudem plant man, den Iran, intern weiter zu destabilisieren, um den geplanten Krieg für ein mögliches internes Auseinanderbrechen nutzen zu können. Dafür – so Berlin und Washington – reichen die bisher eingeleiteten scharfen Sanktionen noch nicht aus. Selbstanbieter aus dem Iran mit Einfluss werden da dankbar angenommen. Wieder einmal sind es in dieser Hinsicht die Einflussagenten des Westens im Iran, die ungebrochen aktiv und als altbekannte, in allen Fragen erbitterte Gegner des iranischen Präsidenten Ahmadinedjad bekannt sind: Ali Akbar Rafsandjani, Mohsen Rezai und Konsorten. Sie führen inoffizielle Parallelverhandlungen über das iranische Nuklearprogramm und erster verkündet

ganz offiziell und schriftlich einen Schulterschluss des Iran mit Saudi Arabien. Wer so handelt, redet und schreibt, öffnet den Aggressoren die Tore für das Hinterland. All das bedeutet: der Krieg ist ganz und gar nicht von Tisch und dieser geplante Krieg kann tatsächlich zur Apokalypse eines Dritten Weltkrieges führen...

QUELLE UND GANZER TEXT: GEHEIM NR. 1/2012
hier bestellen :
abo-probeexemplar@geheim-magazin.de

s. LITERATUREMPFEHLUNG



USA – ISRAEL – IRAN

DER NÄCHSTE KRIEG - DER NAHE OSTEN VOR DEM ABGRUND

von Juan Diego Nusa Peñalver



Im Verlaufe der Geschichte der Menschheit ist noch nie ein Krieg so sehr und so lange vorher angekündigt worden wie der aufkommende militärische Konflikt im Pulverfass des Nahen Ostens rund um den Iran. Von dessen umstrittenem zivilen Atomprogramm behauptet der Westen, es würde militärische Ziele verfolgen, ohne dafür allerdings konkrete Beweise vorlegen zu können.

Es vergeht nicht ein Tag, ohne dass in jener unglücklichen Region die Kriegstrommeln gerührt würden: harte wirtschaftliche Sanktionen gegen Teheran, eine übermäßig kriegstreiberische antiiranische Rhetorik, verdeckte Aktivitäten der westlichen und israelischen Geheimdienste im Land, selektive Morde an Atomwissenschaftlern des Irans und Sabotage in seiner industriellen Infrastruktur, zuzüglich zur beidseitigen Durchführung von Militärmanövern. So wird eine gefährliche Vorkriegs-Stimmung geschaffen, deren Ende unerbittlich unheilvolle Konsequenzen für die Welt haben wird, vor denen der Führer der kubanischen Revolution, Fidel Castro, vielfach gewarnt hat.

Der Besuch des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu in der Hauptstadt der USA Anfang

März schürte das Feuer noch mehr und zwang den US-Präsidenten zu einer genaueren Definition, wo die USA die so genannte „Rote Linie“ ziehen, die die Regierung des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad nicht überschreiten darf. Diese wurde nicht exakt dort definiert, wo Israel sie sich wünschen würde, welches einen präventiven Erstschlag befürwortet, bevor „das Regime der Ayatollahs genug angereichertes Uran haben könnte, um eine Atombombe zu bauen“, wie die zionistischen Führer glauben. Nach Meinung des Experten Emili J. Blasco, Berichterstatter in Washington, liegen die Karten seit dem so genannten „Irangipfel“ im Weißen Haus offen auf dem Tisch. Auf ihm schloss der Chef des Oval Office eindeutig aus, dass sich die USA gegenüber einem Iran, das Atomwaffen erlangt, mit einer gemäßigten Politik begnügen.

Ein Obama jedoch, der um seine Wiederwahl besorgt ist, von republikanischer Seite und der starken jüdischen Lobby bedrängt wird, die ihn als schwach betitulieren, mit einer kraftlosen Wirtschaft, und den noch frischen Abenteuern des Imperiums im Irak und in Afghanistan, ist gezwungen, vorsichtiger zu sein als sein unbequemer Verbündeter im Nahen Osten und dem Wirken der Diplomatie und den brutalen Wirtschaftssanktionen einen gewissen Spielraum einzuräumen, um die islamische Republik „weich zu bekommen“.

Experten sind der Meinung, dass die Entscheidung über einen Angriff im Jahr 2012 letztlich in Händen Israels liegt. Und um dies zu sagen, kam Netanjahu in das Oval Office, sich auf ein Recht auf die eigene Sicherheit berufend, welches Obama ihm zugesteht. Zur Überraschung vieler verstärkte der Verteidigungssekretär der USA, Leon Panetta, den Anschein eines unmittelbaren Angriffs, als er in Erklärungen gegenüber einem Journalisten der Tageszeitung

Washington Post versicherte, dass Israel im kommenden Frühling (April, Mai oder Juni) den Iran angreifen könnte, und damit alle Alarmglocken auslöste. Noch mehr Druck im „iranischen Kessel“ machte das gut informierte israelische Tagesblatt Haaretz mit seinen Gerüchten, dass Bibi, wie der zionistische Premierminister unter seinen Vertrautesten bekannt ist, in Washington um die Zustimmung für den Kauf des notwendigen Kriegsmaterials gebeten habe, um das persische Land zu bombardieren.

Der als Falke geltende Führer der Likud-Partei, seines Zeichens Veteran des Jom-Kippur-Krieges von 1973 und damaliges Mitglied der israelischen Spezialeinheiten (Sayeret Matkal), beantragte den Erwerb von Lufttankflugzeugen und von den mächtigen GBU-28 Anti-Bunker-Bomben. Diese sind notwendig, um die Hauptzentren des iranischen Atomprogramms zu zerstören, und ermöglichen, ernsthaften Schaden anzurichten. Insbesondere bezieht sich dies auf die Atomanlage von Fordow in der Nähe der Heiligen Stadt Qom, die teilweise im Berginneren gebaut ist und in der Teheran die Urananreicherung (auf 20%) vornimmt, sowie auf die Einrichtung von Natanz, im Süden der Hauptstadt, die acht Meter unter der Erdoberfläche konstruiert und von mehreren Schichten Zement geschützt ist.

Die Zeitung, die sich auf einen nicht namentlich genannten hohen US-amerikanischen Offizier beruft, erklärt, dass Obama, der geneigt ist, der Forderung so bald wie möglich zu entsprechen, Panetta damit beauftragte, dieses Thema direkt mit seinem israelischen Amtskollegen Ehud Barak zu bearbeiten.

Es ist bezeichnend, dass die Regierung von George W. Bush zu ihrer Zeit eben diese Nachfrage mit dem Argument zurückgewiesen hatte, Israel würde das Material dafür benutzen, den Iran zu bombardieren, während, wie beide Landesführungen zu unterstreichen nicht müde werden, die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern seit Obamas Führerschaft im Weißen Haus ein ganz neues Niveau erreicht hat.

In diesem Kontext stellte die israelische staatliche Rüstungsindustrie kürzlich neue Bomben wie die MPR-500 vor. Dabei handelt es sich um eine 500 Pfund (fast 250 kg) schwere Lenkbombe, die Doppel-Stahlbeton-Wände oder -Böden mit erhöhter Durchschlagskraft und geringerem Splittereffekt penetrieren kann und außerdem mit dem Boing-Leitsystem JDAM kompatibel ist, wie die Israelische Militärindustrie (IMI) in einer Erklärung erläutert.

Diese Waffe ist „ideal für harte Ziele in dicht besiedelten Stadtgebieten oder in der Nähe befreundeter Truppen“ und „ist entwickelt worden, um mehr als 1m dicke Stahlbetonwände zu durchschlagen und 200 mm dicke Böden oder Wände zu durchbrechen“.

Darüber hinaus hat Israel eine Rakete mit dem Namen JERICO-3 erprobt, die sowohl atomare als auch konventionelle Sprengköpfe tragen kann.

Trotz seiner militärischen Überlegenheit würde das Ausmaß des gegen den Iran geplanten Luftangriffs

Israels Fähigkeiten überschreiten und gezwungenermaßen kriegserische Unterstützung von Seiten der USA notwendig machen, denn die angekündigte Operation ähnelt in keinsten Weise den selektiven Schlägen, die die zionistische Luftwaffe 1981 gegen den irakischen Kernreaktor Osirak und 2007 gegen den syrischen Atomkomplex Al-Kibar, in der Region von Dayr az-Zawr, ausführte.

Kürzlich, als Obama und der Premierminister Großbritanniens, David Cameron, in Washington zusammentrafen, empfahlen beide der iranischen Regierung, die Gelegenheit, die ihr die Weltmächte bieten, zu nutzen, um über ihr Atomprogramm zu verhandeln, denn, so warnte der Präsident der USA, der Spielraum, um dies auf diplomatischem Weg zu lösen, würde immer kleiner. Die Schraube wird angezogen.

DER IRAN STEHT EBENFALLS IN VORBEREITUNGEN

Angesichts des riesigen Marine- und Luftwaffengeschwaders der USA und seiner westlichen Alliierten, das mehrere Flugzeugträger der Yankees einschließt, und das in unmittelbarer Nähe der iranischen Küsten im Persischen Golf konzentriert ist, sowie der offenen Manöver der zionistischen Luftwaffe, mit dem Ziel, den angekündigten Schlag gegen das iranische Atomprogramm auszuüben, warnte die persische Nation vor einem Präventivschlag, sollte sie sich in unmittelbarer Gefahr wähnen.

Der Vizekommandant der iranischen Streitkräfte Mohamad Heyazi, zuständig für Logistik- und Produktionsentwicklung, sagte gegenüber der lokalen Agentur Fars, dass „wenn die nationalen Interessen in Gefahr sind“, sein Land aktiv würde, „ohne auf eine Aktion des Feindes zu warten“.

Teil dieser Logik ist die Blockade der lebenswichtigen Straße von Hormus durch die iranische Armee, die die US-Amerikaner gewohnt anmaßend als eine „rote Linie“ ausgewiesen haben, die Teheran nicht überschreiten dürfe, wolle es sich keinem vernichtenden Schlag ausgesetzt sehen.

Nach Angaben des US Department of Energy wurden im Zeitraum 2009-2010 täglich etwa 15,5 bis 16 Millionen Barrels Erdöl durch diese Meerenge transportiert. Dabei handelt es sich um 40% des gesamten auf dem Seeweg verschifften Erdöls der Welt.

Es würde sich um einen schweren Schlag gegen die krisengeschwächte westliche Wirtschaft des Westens handeln. Die Erdölpreise sind bereits ohne, dass der Krieg begonnen hätte, auf mehr als 120 Dollar pro Barrel hochgeschossen, praktisch unbezahlbar für jedwedes Land.

Außerdem führt das in höchster Alarmbereitschaft stehenden Heer, genauso wie die Luftwaffe und die Kriegsmarine der Islamischen Republik häufige Manöver durch und die militärischen Befehlshaber verkünden fast täglich Fortschritte in der Bewaffnung und der Militärtechnologie des Landes.

In diesen Kontext hinein fällt die Nachricht von der Gründung des Höchsten Cyberspace-Rates, die auf einen Anfang dieses Monats unterzeichneten Verfügung des höchsten Führers des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, zurückgeht, wie die iranische Agentur Mehr berichtet.

Diesbezüglich sagte der Direktor der iranischen Organisation der Passiven Verteidigung, General Gholam Reza Jalali, dass Teheran plant, eine Cyber-Armee zu gründen, um möglichen Bedrohungen der USA und anderer Länder entgegenzuwirken, insbesondere für seine nuklearen Einrichtungen.

Jalali kündigte die Einsetzung eines „Cyberkommandos“ an, das sich dem Kampf gegen mögliche Angriffe von Seiten von Informatik-Piraten gegen die Netze des Landes widmet, und dessen Mission darin besteht, „zu beobachten, zu identifizieren und einen Gegenangriff zu leisten, wenn Hacker-Bedrohungen gegen die Infrastrukturen des Landes festgestellt werden“.

In den letzten beiden Jahren waren die wichtigsten Viren, die in die iranischen Computer eingeschleust worden sind, die gefährlichen Stuxnet und Duqu, eine Aktion, die auf Tel Aviv und auf Washington schließen lässt, womit sie zum ersten Mal die Eskalation in den Cyberspace einbringen würden. Der Iran erklärte, es sei ihm gelungen, beide Angriffe mittels heimischer Software abzuwehren.

Für die Experten sind auch die Ergebnisse des trilateralen Gipfeltreffens zwischen Pakistan, Afghanistan und dem Iran nicht zu übersehen, das Mitte Februar in Islamabad, der Hauptstadt Pakistans, abgehalten wurde. Auf der abschließenden Pressekonferenz bekundete der Präsident Pakistans im Beisein der Prä-

sidenten Afghanistans und des Iran ohne Umschweife, dass sein Land den Streitkräften der USA keinerlei Unterstützung gewähren wird, sollten diese den Iran angreifen wollen. Dies würde für das Weiße Haus eine bedeutende Schlappe bedeuten. Die Beziehungen Washingtons zu Islamabad und Kabul sind von Misstrauen untergraben.

Dies war ein klarer Erfolg für Teheran, das im Falle eines offenen Konfliktes mit dem israelischen Regime auf die militärische Unterstützung der libanesischen Organisation Hisbollah und der palästinensischen Bewegungen Hamas sowie des islamischen Jihad rechnen könne.

Angesichts der unverrückbaren selbstverpflichtenden Haltung, die Washington bezüglich der Sicherheit Israels seit über 60 Jahren einnimmt, ist die Schlüsselfrage, die sich die Experten stellen: Wie werden die USA reagieren, wenn Tel Aviv die iranischen Einrichtungen bombardiert und Teheran mit einem harten Gegenschlag antwortet? Die Karten liegen auf dem Tisch - und das Spiel droht alles andere als heiter zu werden.

QUELLE: granma.cu/aleman/internacionales/5abril-USA-ISRAEL-IRAN.html



WESTLICHER GEHEIMKRIEG IN SYRIEN

NATO KOPIERT DAS LIBYEN-MODELL

Britische Spezialkräfte unterstützen die Rebellen. Von Stephen Lendman

Im Januar berichtete Michel Chossudovsky, Britische Medien bestätigten, UK/CIA/MI6 Einsatzkräfte bildeten in Syrien westlich-unterstützte anti-Assad Aufständische aus. Sie versorgten diese auch mit Waffen, Munition und Ausrüstung.

„Diese Berichte bestätigen eindeutig, sie mischen sich (illegal) in die Angelegenheiten eines souveränen Staates ein. Dies ist nicht eine breite Erhebung. Der Aufstand wie auch das Töten von Zivilisten wurden von Anfang an von westlichen Mächten unterstützt.“

Mehr dazu weiter unten. Die Ereignisse wiederholen das Modell Libyen vom Jahr zuvor. Im Februar 2011 begannen US, UK und französische Spezialkräfte und Geheimdienstagenten aktiv mit der Unterstützung von anti-Gaddafi und NATO-geförderten militä-

ten Kräften. Ein bewaffneter Aufstand folgte, einschließlich Bombardierungen Wochen danach.

Ein Jahr später bestätigte dies die BBC, indem sie sagte: „(...) Britische Spezialkräfte wurden nach Libyen entsandt, um den Verbündeten des Vereinigten Königreiches – den libyschen ‚Revolutionären‘ oft auch als Nationaler Übergangsrat oder NTC (National Transitional Council) bekannt zu helfen.“

Gut informierte Kreise sagten, „sie machten eine extrem gute Arbeit“ bei der Eroberung Libyens. „Die Existenz der E Staffel (E Squadron) ist innerhalb der Gruppe der verschiedenen Spezialeinsatzkräfte sehr wohl bekannt, wurde bisher aber nicht öffentlich diskutiert. Sie wurde vor fünf Jahren gegründet, um eng mit dem Geheimdienst MI6 zusammenzuarbeiten, und ist meistens mit Operationen beschäftigt, die äußerste Geheimhaltung verlangen. Sie setzt sich aus

Kräften des SAS (Special Air Service), SBS (Special Boat Service) und des Spezialaufklärungsregiments zusammen, und „operiert oft in ziviler Kleidung mit der vollen Bandbreite nationaler Unterstützung, wie z.B. dem Ausstellen falscher Identifikationspapiere.“

Andere britische Medien gaben letztes Jahr Ähnliches zu Bericht. Der in London erscheinende Daily Mail sagte „hunderte Britischer Spezialkräfte wurden tief innerhalb Libyens stationiert, wo sie Oberst Gaddafis Truppen Gefechte liefern – und mehr sind einsatzbereit.“

„Man hört, dass sich schon vor den Luftangriffen etwas weniger als 250 britische Spezialkräfte in Libyen aufgehalten haben, um die Flugverbotszone gegen Gaddafis Luftwaffe durchzusetzen.“

Hundert oder mehr Spezialkräfte waren einsatzbereit. Sie setzten sich aus Fallschirmjägern der Unterstützungstruppe für die Spezialkräfte zusammen, die von dem SAS und SBS gestellt wurden wurden. Sie wurden von Zypern aus versorgt. Zusätzlich standen 800 Königliche Marinestreitkräfte (Royal Marines) bereit, die innerhalb „von fünf Tagen“ ins Mittelmeer verlegt werden konnten.

Letzten März wurden sechs Staffelmithglieder innerhalb Libyens festgenommen. Sie wurden per Hubschrauber eingeflogen, waren schwarz gekleidet und sehr gut mit Waffen, Sprengstoff, Karten und falschen Pässen ausgerüstet gewesen. England behauptete, sie seien dort zum Schutz von Diplomaten und zur Beobachtung der Ereignisse in Benghazi, und nicht für militärische Einsätze angekommen. In einer offiziellen Stellungnahme sagte das Verteidigungsministerium: „Wir bestätigen noch bestreiten wir die Geschichte, und wir geben keine Kommentare zu den Spezialkräften.“

Das Libysche Modell wird in Syrien wiederholt, ausgenommen Bombenangriffen bisher. Diese sind jedoch zu erwarten, sollte die jetzigen Taktiken nicht den Regimewechsel herbeiführen. [...]

QUELLE UND GANZER TEXT: GEHEIM NR. 1/2012 hier bestellen :

abo-probeexemplar@geheim-magazin.de

s. LITERATUREMPFEHLUNG

DEUTSCHLAND VERBIETET PRESS TV

München (Press TV) - Die Bundesregierung hat die Übertragung des Signals des iranischen Nachrichtenkanals Press TV auf den Satellitenbetreiber SES Astra eingestellt.

Unter dem Druck der deutschen Regierung, hat die Münchener Medien-Regulierungsbehörde (BLM) entscheiden Irans internationalen Press TV-Sender am Dienstag vom Satelliten zu nehmen.

In einer E-Mail, die an die iranische Rundfunkanstalt, Islamic Republic of Iran Broadcasting (IRIB), geschickt wurde, schreibt der Vizepräsident der SES, Stéphane C. Goebel, das BLM hätte ihnen befohlen, Press TV sofort von ihrer Sendeliste zu streichen.

Die Behörde hat behauptet, dass Irans englischsprachiger Kanal nicht über eine Lizenz für die Ausstrahlung in Europa verfüge.

Press TV bezeichnete diesen illegalen Schritt der Bundesregierung als einen Teil einer westlichen Verschwörung, um die unabhängige Stimme des eng-

lischsprachigen Senders von Iran mundtot zu machen.

Damit folgt Deutschland dem Beispiel der Engländer, die den iranischen Nachrichtenkanal Press TV im Januar von der SKY-Plattform entfernten.

Der Leiter des internationalen Nachrichtensenders Press TV, Dr. Mohammad Sarafraz, hatte diese Entscheidung in einem Schreiben an das Büro der englischen Regulierungsbehörde Ofcom als einen hoffnungslosen Versuch bezeichnet, die Medien zu kontrollieren und die Aufdeckung der Wahrheit zu verhindern.

QUELLE:

<http://german.irib.ir/nachrichten/politik/item/204546-deutschland-stellt-press-tv-ein>

KAMPF DEM KAPITALISMUS

VEREULENDUNG MADE IN GERMANY

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM
Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten - Interviews - Analysen - Hintergrund

23.04.2012 BERLIN/MADRID/ATHEN

(Eigener Bericht) - Das deutsche Spardiktat führt in den verschuldeten Ländern der südlichen Eurozone zu neuen ökonomischen und sozialen Verwerfungen. Spanien, das noch Ende März Kürzungen in Höhe von 27 Milliarden Euro vornahm, muss sein Sparprogramm auf 37 Milliarden Euro ausweiten. Immer mehr Kreditnehmer können ihre Schulden nicht pünktlich begleichen; bei einem Zahlungsrückstandsvolumen von 143,8 Milliarden Euro können die Banken des Landes sich faktisch nur noch über die Europäische Zentralbank refinanzieren. Auch Italien rutscht in die Abwärtsspirale aus Kürzungen, steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Kaufkraft und wachsenden Sozialausgaben und muss, wie schon vor Jahren Griechenland, seine Sparziele bereits korrigieren. Griechenland ist von der Entwicklung voll erfasst; letztes Jahr gingen 68.000 Betriebe bankrott - das Auftragsvolumen war dramatisch eingebrochen. Auch für dieses Jahr wird mit einer hohen Zahl von Firmenpleiten gerechnet. Dafür bieten sich deutschen Unternehmen gute Chancen, beim Ausverkauf der verbliebenen Staatsbetriebe die Filetstücke zu erwerben - zu billigsten Preisen.

Sozialkürzungen als Pflicht

Deutschlands Polit-Elite hält auch weiterhin eisern an dem desaströsen Sparkurs fest, den sie den Staaten Europas im Rahmen der Krisenmaßnahmen oktroyiert hat. So gab Bundeskanzlerin Angela Merkel beispielsweise Madrid Ende März die weitere politische Marschrichtung in der Krise vor. Spanien werde alle Defizitverpflichtungen einhalten, dekretierte sie in einem Zeitungsinterview anlässlich abermaliger Sozialkürzungen und Sparmaßnahmen in Höhe von 27 Milliarden Euro, die die Rechtsregierung in Madrid aufgrund des weiter anwachsenden Haushaltsdefizits durchsetzen musste.[1] "Ich bin optimistisch, dass alle ihre Verpflichtungen einhalten", sagte Merkel. Hierzu zählte die Kanzlerin ausdrücklich die Senkung des spanischen Haushaltsdefizits unter die Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2013.

Zehn Milliarden mehr

Nur drei Wochen später verschärfte sich die Lage in Spanien abermals dramatisch: Die Zinslast für spanische Staatsanleihen steigt erneut an, das Haushaltsdefizit wächst abermals, die Konjunkturaussichten trüben sich weiter ein. Nachdem Madrid bei einer Auktion von Staatsanleihen 5,7 Prozent für zehnjährige Bonds zahlen musste, suchte die Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy in weiteren Sparmaßnahmen Zuflucht. Diesmal sollen rund zehn Milliarden Euro im Gesundheits- und im Bildungssystem eingespart werden - unter anderem durch höhere Zahlungen zu Medikamenten und durch größere Schülerzahlen in den Klassen. Damit summieren sich die Madrider Kahlschlagsprogramme auf rund 37 Mil-

liarden Euro; diese werden der bereits im Abwärtsstrudel versinkenden Binnenkonjunktur entzogen.

Rekord-Rückstände

In der Tat befindet sich Spanien laut Wirtschaftsminister Luis de Guindos vorläufigen Schätzungen zufolge erneut in einer Rezession, nachdem das erste Quartal 2012 genauso schlecht ausgefallen ist "wie das letzte Quartal des vergangenen Jahres"; dieses wies eine Wirtschaftskontraktion von 0,3 Prozent auf.[2] Der knallharte Sparkurs trifft dabei ein krisengeschütteltes Land, das aufgrund einer geplatzten Immobilienblase, die zuvor jahrelang als Wirtschaftsmotor gedient hatte, unter einem gigantischen Schuldenberg stöhnt und die europaweit höchste Arbeitslosenquote von inzwischen mehr als 23 Prozent aufweist. Die Jugendarbeitslosigkeit erreicht in Spanien inzwischen sogar 50 Prozent. Immer weniger Hypothekennehmer sind aufgrund der desaströsen Wirtschaftsentwicklung noch in der Lage, ihre Kredite zu bedienen; dies trägt zu der Destabilisierung des spanischen - und mittelbar auch des europäischen - Finanzsystems bei.[3] Inzwischen befinden sich 8,16 Prozent aller in Spanien vergebenen Kredite im Zahlungsrückstand, ein absoluter Rekordwert, der einem Kreditvolumen von 143,8 Milliarden Euro entspricht. Daher verwundert es nicht, dass Spaniens Finanzhäuser praktisch am Tropf der EZB hängen und sich nur noch über die Europäische Zentralbank refinanzieren können.[4]

Auch Italien in der Abwärtsspirale

Somit zeichnet sich in Spanien bereits dieselbe katastrophale Krisenspirale ab, in die auch Griechenland von Berlin und Brüssel getrieben wurde: Immer neue Austeritätsmaßnahmen lassen dabei die Binnen Nachfrage einbrechen; dies führt zu einer zusehends eskalierenden Rezession. Im Endeffekt bringt dieser Kurs eine massenhafte Verelendung und einen Wirtschaftskollaps hervor, der selbst das Erreichen der angepeilten Sparziele unmöglich macht - da im Gefolge der Rezession die Steuereinnahmen wegbrechen und die Sozialausgaben anschwellen. Die durch Sparmaßnahmen ausgelöste verheerende Abwärtsspirale, die Griechenland verwüstete und in Spanien eingesetzt hat, kündigt sich auch in Italien an. Mittels umfassender und rabiater Sparpakete wollte der italienische Ministerpräsident Mario Monti, der von Merkel und ihrem französischen Juniorpartner Nicolas Sarkozy als Chef einer Technokratenregierung durchgesetzt wurde, bis 2013 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen; 2011 hatte die Neuverschuldung noch bei 3,9 Prozent gelegen. Nun musste Monti kleinlaut eingestehen, dass die Rezession in Italien in diesem Jahr mit 1,2 Prozent wohl weitaus schwerer ausfallen wird als die ursprünglich prognostizierten 0,5 Prozent. Von einem "ausgeglichenen Haushalt" will der italienische Technokrat ebenfalls nicht mehr

sprechen; er geht von einem Defizit von 0,5 Prozent im Jahr 2013 aus.[5]

200 Bankrotte pro Tag

Wohin der europaweite Sparkurs letztendlich führt, kann am Beispiel Griechenlands studiert werden. Das Land weist nach etlichen Sparpaketen und rund vier Jahren in der Rezession eine Arbeitslosigkeit von nahezu 22 Prozent auf und erfährt eine umfassende Deindustrialisierung. Der Auftragseingang der durch Kleinbetriebe geprägten griechischen Industrie etwa ist seit Juni 2008 um rund 35 Prozent eingebrochen. Der Londoner Finanz-Informationsdienstleister Markit sagt für dieses Jahr erneut einen "deutlichen Rückgang der Produktion, der Auftragseingänge und der Beschäftigtenzahlen" voraus. Viele Unternehmen überstehen dies nicht: Im Jahr 2011 gingen rund 68.000 kleinere und mittlere Betriebe bankrott, durchschnittlich beinahe 200 pro Tag. Für dieses Jahr rechnen Experten mit rund 63.000 weiteren Firmenpleiten.[6]

Ausverkauf

Was an Industrie und Infrastruktur noch im Staatsbesitz verblieben ist, wird jetzt hingegen unter deutscher Führung verscherbelt. Die umfassende Veräußerung öffentlicher Güter, der Athen im Gegenzug für weitere Kredite zustimmen musste, wird vom Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF) durchgeführt, als dessen Berater die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellte Außenwirtschaftsbehörde Germany Trade and Invest (GTAI) fungiert (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Zum Aufgabenbereich von GTAI gehört praktischerweise auch die Beratung deutscher Unternehmen bei Auslandsaktivitäten. Die Agentur wolle zudem ausdrücklich deutsche Interessenten für die Filetstücke der griechischen Konkursmasse ausfindig machen, heißt es in den "Eckpunkten einer Investitions- und Wachstumsoffensive für Griechenland" aus dem Bundeswirtschaftsministerium.[8] GTAI werde den griechi-

schen Stellen "Hilfe bei der Investorensuche in Deutschland und durch Zurverfügungstellung der deutschen Erfahrungen beim Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozess in den neuen Bundesländern" gewähren. Letztere Ankündigung bezieht sich auf die deutsche Treuhand, die ab 1990 das einstige DDR-Volkvermögen in einem chaotischen Prozess verschleuderte.

Schnäppchenjagd

Die Zeit für billige "Schnäppchen" in Griechenland ist günstig: Aufgrund der desaströsen Wirtschaftslage sinkt der Wert der nun zum Verkauf stehenden öffentlichen Güter rapide. Bereits im Februar musste die griechische Regierung die Prognose für ihre Privatisierungseinnahmen bis 2015 von 50 Milliarden radikal auf nur noch 15 Milliarden Euro reduzieren. Somit scheinen insbesondere deutsche Firmen von dem Wirtschaftseinbruch in Athen zu profitieren, der maßgeblich auf die von Berlin durchgesetzte Sparpolitik zurückzuführen ist. [...]

[1] Merkel: Spanien wird Defizit-Verpflichtungen einhalten; www.stern.de 31.03.2012

[2] Rezession! Spanien steckt im Schuldenstrudel; www.abendblatt.de 16.04.2012

[3] Spanien: Doubtful Loans auf 18-Jahreshoch; www.verschuesse.de 18.04.2012

[4] Spanische Banken ersticken an ihren faulen Krediten; www.welt.de 18.04.2012

[5] Rückschlag für Super-Mario; www.ftd.de 18.04.2012

[6] Griechen stecken tief im Tal der Tränen; www.mainpost.de 03.04.2012

[7] s. dazu [Nach dem Modell der Treuhand](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58311?PHPSESSID=2rh18e_rudhjnnugfif8s78pri3)

[8] Ausverkauf: Deutschland hilft Griechenland beim Privatisieren; www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de 20.04.2012

QUELLE: http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58311?PHPSESSID=2rh18e_rudhjnnugfif8s78pri3

MODERNE SKLAVEREI IN DEUTSCHLAND 2012 – WERKVERTRÄGE ERSETZEN LEIHARBEIT

Lohndumping: Immer mehr Arbeitskräfte werden per Werkvertrag beschäftigt

Das „neue Modell der Ausbeutung“ sei längst etabliert, so die Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG). Immer mehr Arbeitskräfte in der Ernährungsindustrie sind per Werkvertrag angestellt und bekommen im Durchschnitt fast sechs Euro weniger Stundenlohn als die Stammbeschafteten.

Demnach sind bereits (nur) in der Ernährungsindustrie 57 Prozent der Beschäftigten, die nicht zur Stammbeschaft gehören, per Werkvertrag bei ei-

ner Drittfirma beschäftigt. Im Jahr 2010 waren es noch 47 Prozent der Beschäftigten.

Im Gastgewerbe sei mittlerweile jeder zweite Arbeitsplatz ein "Minijob". Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG), fordert, dass der Billigzyklus von Hungerlöhnen, Leiharbeit und "Minijobs" durchbrochen werden müsse. "Prekäre Arbeit ist kein Zukunftsmodell. Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit. Dazu

gehört die Eindämmung und bessere Kontrolle von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Zurückdrängung der Minijobs. Nur existenzsichernde Arbeitsverhältnisse können ein stabiler Faktor für einen nachhaltigen Aufschwung und Ausweg aus der Krise sein.“

[Merke auch hierzu: Es sollte auch den Gewerkschaftsfunktionären nicht nur um “Reform“ bzw. Verschönerung des Systems der Ausbeutung gehen, sondern um die Überwindung und Aufhebung des Systems der Lohnarbeit; - unter anderem: um die Überwindung und Aufhebung der bestehenden Eigentumsverhältnisse an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln.]

Werkverträge seien „das neue Geschäftsmodell, um Menschen noch billiger in unsichere Arbeit an den Rand der Belegschaften zu drängen“, sagte Claus-Harald Güster, der stellvertretende NGG-Vorsitzende.

Laut einer Umfrage bekommen Werkvertrag-Beschäftigte im Durchschnitt 5,84 Euro weniger Lohn pro Stunde als vergleichbare Stammbeschäftigte. Leiharbeiter verdienen im Durchschnitt 5,06 Euro weniger als Stammarbeiter (Frauen und Männer). Werkvertrag-ArbeiterInnen verdienen im Durchschnitt rund 80 Cent weniger in der Stunde als Leiharbeiter. Von der NGG zitierte Betriebsräte sagen hierzu: „Das ist moderne Sklaverei“ oder „Das Unternehmen will die Stammbeslegschaft komplett ersetzen: Werkvertrag-Arbeiter sind einfach viel billiger“. (Vgl.)

»Die Industrie erziele durch dieses Lohnsystem einen hohen Umsatz. So sei deutsches Billigfleisch als Exportschlager in die Europäische Union nur mit deutschen Billiglöhnen möglich, weil deutsche Fleischunternehmen mit Dumpinglöhnen und Werkverträgen Wettbewerbsvorteile erzielen. {...} Für Werkverträge gibt es keine Meldepflicht, wie die NGG erklärte. Deshalb gebe es auch keine Daten darüber, dass Werkverträge nicht nur in der Lebensmittelwirtschaft, sondern in allen Branchen der Industrie zugenommen hätten.« (Vgl.)

Vor allem in Brauereien und bei Herstellern von Erfrischungsgetränken werden bereits mehr Werkvertrag-ArbeiterInnen als LeiharbeiterInnen eingesetzt »Sie übernehmen verstärkt Helfertätigkeiten wie das Sortieren von Leergut, Stapler fahren oder Reinigungsarbeiten. Auch in Molkereien und Bäckereien nehme die Zahl der Werkvertrag-Arbeiter zu. Überwiegend handle es sich um Arbeitskräfte aus Osteuropa, in der Getränkeindustrie vor allem aus Litauen.«

Osteuropäische Arbeitskräfte seien eher bereit, für noch weniger Geld und zu noch schlechteren Bedingungen zu arbeiten, erklärte die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG). Dies verstärke den Druck auf die Arbeitsbedingungen der Stammbeslegschaft „um ein Vielfaches“.

Die NGG fordert einen allgemein verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn. Der Mindestlohn gelte für alle - für Werkvertrag-Arbeiterinnen und Arbeiter aus Osteuropa, LeiharbeiterInnen oder Stammbeslegschaften. Die NGG verlangt zudem, die tatsächliche Verbreitung und die Auswirkungen von Werkverträgen umfassend zu erfassen und wissenschaftlich zu untersuchen. Entsprechende Daten müssten von staatlichen Stellen erhoben und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. (Vgl.)

Anmerkung und Kritik: Auch die NGG fordert nur einen gesetzlichen DGB-Billiglohn von 8,50 Euro pro Stunde, - damit kann man die Einkommensarmut und Altersarmut in der Quandtschen und Hundtschen Reichtumsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht überwinden.

Quelle: t-online.de am 02.04.2012: »Gewerkschaft NGG beklagt “moderne Sklaverei“«
http://wirtschaft.t-online.de/lohndumping-immer-mehr-arbeitnehmer-per-werkvertrag-beschaeftigt/id_55291850/index

03.04.2012, Reinhold Schramm

EUROPAS JUGEND: ZERSTÖRTE LEBENSENTWÜRFE

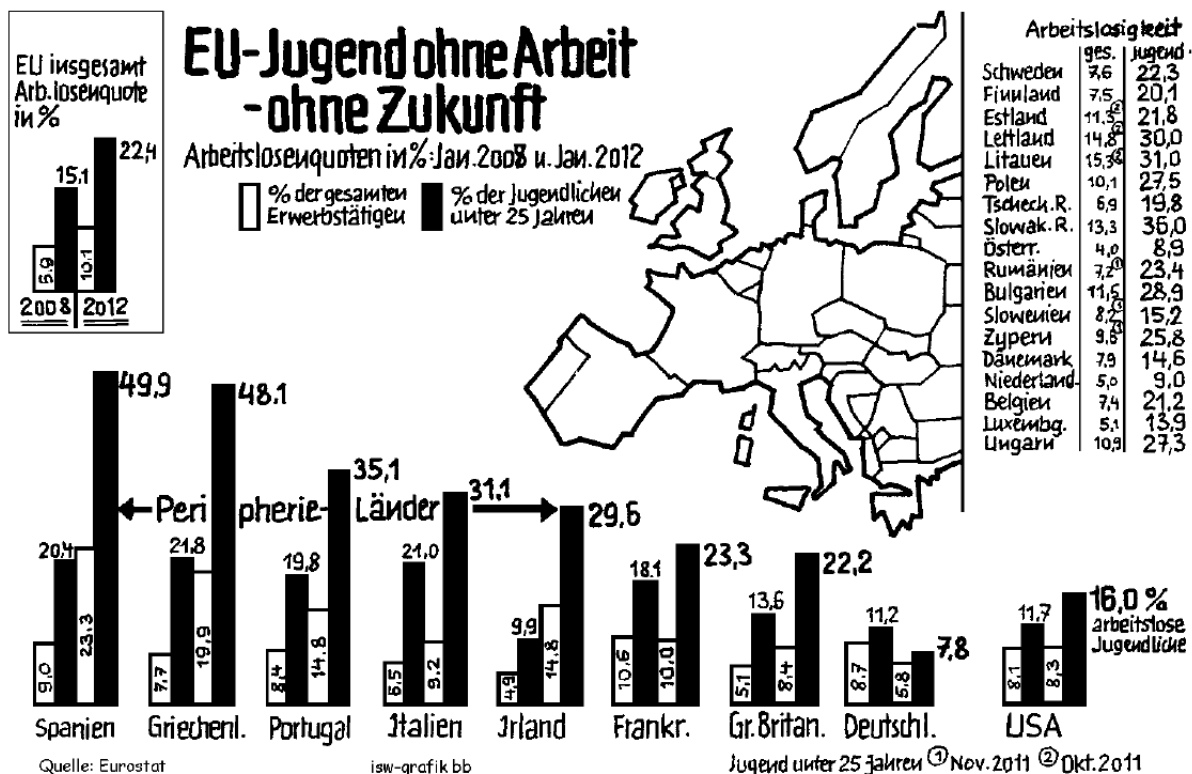
von Fred Schmid; QUELLE: <http://www.isw-muenchen.de/download/jugend-fs-201203.pdf>

Die OECD schlägt Alarm: Der spürbare Wirtschaftsabschwung in vielen Industrieländern habe schwere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In ihrer Arbeitsmarktstudie vom Herbst 2011 geht sie davon aus, dass in absehbarer Zeit keine neuen Jobs geschaffen werden. In den 30 OECD-Mitgliedsländern waren Mitte vergangenen Jahres bei einer Arbeitslosenquote von 8,2% insgesamt 44,5 Millionen Menschen ohne einen Job; 13,4 Millionen mehr als vor der Krise 2009.

Auch der World of Work Report 2011 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) weist darauf hin, dass die Beschäftigung nach dem Kriseneinbruch 2008/09 längst nicht neu aufgebaut ist. Dem Bericht zufolge müssten in den nächsten zwei Jahren global 80 Millionen Jobs geschaffen werden, um die Vorkrisenbeschäftigung von 2007 zu erreichen (27 Millionen davon in den entwickelten Ökonomien). In Europa fehlen 4,5 Millionen Arbeitsplätze im Vergleich zum Vorkrisenstand. Nach Ansicht von Juan Somavia, dem

Generaldirektor der ILO, „stehen wir seit Mitte 2011 am Rande einer globalen Arbeitsmarktrezession, die ein ganzes Jahrzehnt andauern könnte – ein dann verlorenes Jahrzehnt“ (zit. nach SZ, 3.11.11). Und er befürchtet in diesem Zusammenhang „katastrophale soziale und politische Folgen“. Nach dem Bericht der ILO steigt in 45 der 119 untersuchten Länder die Gefahr sozialer Unruhen, insbesondere in der EU und in den arabischen Ländern. Diese negative Arbeitsmarktentwicklung lässt sich in der EU-27 und im Euroraum gut nachvollziehen. Im Februar 2012 stieg die Arbeitslosigkeit auf knapp elf Prozent – so hoch wie

nie. Die neue Krise der Beschäftigung im Rahmen der Rezession in der Eurozone setzt auf einen weit höheren Arbeitslosensockel auf als in der Rezession 2008/09. Die Arbeitslosenquote ist auch in den so genannten Aufschwung-Jahren 2010 und 2011 weiter gestiegen. Sie lag im Januar 2012 mit 10,1 in der EU um 3,2 Prozentpunkte über dem Niveau von Januar 2008 – eine Steigerung um 46%%. Besonders stark ist der Anstieg in den Peripherieländern, die mit dem EU-Spardiktat schon vor Monaten in die Rezession getrieben wurden (siehe Grafik).



Keine Arbeit, keine Zukunft

Niemand leidet jedoch mehr unter der Krise als die Jugend Europas: Sie hat keine Arbeit, keine Zukunft. Ihr wurden die Lebensentwürfe zerstört.

Knapp ein Viertel – 22,4% - der europäischen Jugendlichen zwischen 15 bis unter 25 Jahren in der Europäischen Union hat weder Job noch Ausbildungsplatz. Gut ein weiteres Viertel muss mit prekärer Beschäftigung vorlieb nehmen. Im Verlauf der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ist die Jugendarbeitslosigkeit in der EU-27 um 48% bis Januar 2012 gestiegen. In den Peripherieländern hat sie sich verdoppelt bis verdreifacht.

In Spanien und Griechenland ist inzwischen jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit; in Portugal und Italien ist es jeder dritte. Eine verlorene Generation. Einzig in Deutschland ist sowohl die Gesamtarbeitslosig-

keit als auch die Jugendarbeitslosigkeit gesunken. Ein Grund liegt im höheren Anteil an prekärer Arbeit. In Europa sind mittlerweile 5,5 Millionen junge Menschen zum Nichtstun verurteilt. Millionen, die besser ausgebildet sind als Generationen vor ihnen, bessere Sprachkenntnisse haben und besser mit den neuen Technologien umgehen können. Und die vor allem kreativ arbeiten und ihr Leben planen möchten. So aber sind sie arbeitslos, chancenlos, perspektivlos. Dabei sollen sie einmal die Schulden abtragen, die ihnen die „Bankenretter“ und politischen Konzernwohltäter hinterlassen haben, die Zinsen für Staatsanleihen bezahlen, die an die Kinder reicher Eltern vererbt wurden, das Rentensystem finanzieren ...

Es ist eine gigantische Vergeudung von produktiven und schöpferischen Potenzial, das hier durch die weitgehende Brachlegung einer Generation vonstaten geht. Es ist ein Verbrechen an diesen Jugendli-

chen, sie nicht an die Möglichkeiten ihrer Phantasie und Kreativität heranzuführen. [...]

IM KAPITALISMUS STEHT DAS KAPITAL IM MITTELPUNKT

Ein Land verzweifelt – Suizid-Welle in Griechenland

Ein 77jähriger Rentner hat sich in Athen in aller Öffentlichkeit selbst erschossen. Er war an seinen Schulden verzweifelt. Die Entrüstung und Empörung darüber schlug sich in der griechischen Hauptstadt in Protesten und Krawallen nieder.

Auf dem zentralen Syntagma-Platz vor dem Parlament versammelten sich bis zu mehrere Tausend Menschen. Einige riefen in Sprechchören, es habe sich nicht um einen Freitod, sondern um einen «vom Staat verübten Mord» gehandelt.

Bei den Protesten kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Etwa ein Dutzend Personen warfen Brandsätze auf Polizisten, die ihrerseits Tränengas einsetzen.

«Es ist tragisch, dass einer unserer Bürger sich das Leben genommen hat», erklärte Regierungschef Lucas Papademos. «In diesen schwierigen Momenten für unsere Gesellschaft, Regierung und Bürger müssen wir Menschen unterstützen, die in Not sind.»

Wegen der schweren Wirtschaftskrise sind Selbstmorde in den vergangenen beiden Jahren in Griechenland um 40 Prozent angestiegen.

(sda/fref;frua)

[...]

[tages-
schau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/04/05/International/Krawalle-in-Athen-wegen-Selbstmord-von-verschuldetem-Rentner](http://tageschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/04/05/International/Krawalle-in-Athen-wegen-Selbstmord-von-verschuldetem-Rentner) [...]

78jährige Italienerin springt nach Rentenkürzung in den Tod

Auslöser für den Suizid der 78jährigen Frau in Gela, im Süden Siziliens, ist nach Angaben der Polizei eine Rentenkürzung. Die Behörden hätten vor kurzem die monatliche Pension von 800 Euro auf 600 reduziert.

Vergangene Woche hatten sich im Norden Italiens unabhängig voneinander zwei Männer wegen Finanzproblemen angezündet. Beide überlebten zwar, allerdings zum Teil mit schwersten Verbrennungen.

In Bologna setzte sich ein 27jähriger Maurer marokkanischer Herkunft in Flammen. Während er sich an-

zündete, schrie er, dass er seit vier Monaten keinen Lohn mehr erhalten habe.

Leserbrief dazu: „Italien hat 300 "wirtschafts-suizide" im Jahr. Die Situation ist dramatisch.“

[tages-
schau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/04/03/International/78jaehrige-Italienerin-springt-nach-Rentenkuerzung-in-den-Tod](http://tageschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/04/03/International/78jaehrige-Italienerin-springt-nach-Rentenkuerzung-in-den-Tod)

Krisenland Portugal: Flucht vor Armut und Hunger

Viele Portugiesen verlassen ihr hoch verschuldetes Heimatland aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Hunger: Allein im vergangenen Jahr seien 150'000 Portugiesen ausgewandert, berichtet die Zeitung «Diário de Notícias» unter Berufung auf Zahlen der Regierung in Lissabon.

Den Angaben zufolge sei dies eine der größten Auswanderungswellen aller Zeiten in Portugal und nur vergleichbar mit der Massenmigration der 1970er Jahre, heisst es.

In den vergangenen fünf Jahren hätten insgesamt rund 500.000 Bürger, also jeder 21. der rund 10,5 Millionen Einwohner Portugals, das ärmste Land Westeuropas verlassen. Anders als in den 1960er und 1970er Jahren, als die Menschen vor allem in Frankreich und auch in Deutschland bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gesucht hätten, seien die Ziele heute in erster Linie die früheren Kolonien Brasilien und Angola, aber auch England, schreibt das Blatt.

Die Auswanderung führt allerdings den Angaben zufolge nicht immer ins erhoffte «Paradies». «Diário de Notícias» zitiert das Staatssekretariat für Auswanderung in Lissabon mit den Worten, viele Menschen, die im Ausland Jobversprechen erhielten, würden am Ende nicht selten Opfer von Ausbeutung und Zwangsarbeit.

[tages-
schau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/03/24/International/Krise-im-Euro-Land/Krisenland-Portugal-Flucht-vor-Armut-und-Hunger](http://tageschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/03/24/International/Krise-im-Euro-Land/Krisenland-Portugal-Flucht-vor-Armut-und-Hunger)

GESCHICHTE



Philipp Müller Bündnis

Gedenkdemonstration für Philipp Müller am 12.5.2012

www.philipp-mueller-1952.de/termine/

EIN SCHIEßBEFEHL AUS BONN

von Hubert Reichel, Quelle: [Ossietzky 8/2002](http://Ossietzky%208/2002), sopos.org/aufsaeetze/3cd2de4556292/1.phtml

Der 11. Mai 1952 ist in den offiziellen Geschichtsbüchern der Bundesrepublik Deutschland nicht verzeichnet. Ein schwarzer Tag in der Nachkriegsgeschichte der alten BRD hat nicht stattgefunden. An diesem Tag wurde der junge Münchner Arbeiter Philipp Müller, Mitglied der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der KPD, hinterrücks von Polizisten auf offener Straße erschossen. Das Datum markiert eine dramatische Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen um die von den Westmächten und der Regierung Adenauer forcierte Wiederaufrüstung der Bundesrepublik.

Aufgerufen zur »Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag« hatte eine Konferenz von Vertretern verschiedener Jugendorganisationen am 2. März 1952 in Darmstadt unter Leitung des dortigen Pfarrers Herbert Mochalski, eines engen Vertrauten des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller. Der Aufruf fand bemerkenswert starken Widerhall.

Und so versammelten sich am 11. Mai, wenige Tage vor der geplanten Unterzeichnung des sogenannten Generalvertrages, mehr als 30 000 junge Leute in Essen, um friedlich gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Aufnahme der Bundesrepublik in einen westeuropäischen, von den USA inspirierten Militärpakt zu demonstrieren. Es wären noch viel mehr als 30 000 gewesen, wenn nicht die Polizei in der Nacht zuvor und am Morgen anreisende Jugendliche aus den Zügen geholt und Busse an der Fahrt nach Essen gehindert hätte. Der Bonner Innenminister Lehr hatte nämlich die Friedenskarawane kurzfristig verboten - so kurzfristig, daß viele Demonstranten davon nichts wußten. Der Minister nannte nicht den wahren Grund für das Verbot, sondern schob »verkehrstechnische Gründe« vor. Zugleich bot er damals noch ungekannte Massen an Polizei auf, um das Verbot dieser Friedensaktion zu exekutieren.

Ohne Zweifel wäre die Demonstration ohne das späte Verbot und den folgenden brutalen Einsatz der Polizei friedlich verlaufen. Doch die Regierung Adenauer wollte offenkundig ein Exempel statuieren. Sie brauchte Zwischenfälle und Krawalle, um die Gegner ihrer Remilitarisierungspolitik kriminalisieren zu kön-

nen. Dem Aufruf über Polizeilautsprecher, den Platz vor dem Ausstellungsgelände Gruga zu räumen, folgte unmittelbar die Hetzjagd bewaffneter Polizeihundertschaften mit Hundestaffeln auf die Demonstranten.

Durch besondere Brutalität zeichnete sich die sogenannte Einsatzgruppe Wolter aus. Aus ihren Reihen fielen die tödlichen Schüsse, die Philipp Müller in den Rücken trafen. Durch Polizeikugeln schwer verletzt wurden zwei weitere Teilnehmer der Friedenskarawane, der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Kassel und ein parteiloser Gewerkschafter aus Münster. Der Polizeiterror traf nicht nur Demonstranten. Essener Bürger, die als zufällige Passanten Augenzeugen wurden und gegen das Vorgehen der Polizei protestierten, wurden zusammengeschlagen und verhaftet. Die Verantwortlichen der Polizei versuchten, den Waffeneinsatz mit der Lüge zu begründen, von Demonstrationsteilnehmern sei zuerst geschossen worden. Diese Propaganda-Offensive scheiterte an den Berichten zahlreicher Augenzeugen, zumal bekannt wurde, daß der Schießbefehl von Innenminister Lehr persönlich gegeben worden war.

Von den zahlreichen festgenommenen Demonstranten blieben elf in Haft. Sie wurden am 20. Oktober 1952 von der 1. Großen Strafkammer des Dortmunder Landgerichts wegen angeblichen Landfriedensbruchs, Aufruhrs und anderer, in »verfassungsverräterischer Absicht« begangener Straftaten zu insgesamt sechs Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Von den an der Prügelorgie beteiligten Polizisten stand keiner vor Gericht. Auch nicht der Mörder Philipps Müllers.

JW KALENDERBLATT
11. Mai 1952

Heute vor 20 Jahren: Der junge Kommunist Philipp Müller, Teilnehmer der Friedenskarawane in Essen, wird von BRD-Polizisten erschossen

Mord unter der CDU-Herrschaft

Sie wollten von dem Recht Gebrauch machen, das ihnen das BRD-Grundgesetz zusicherte: demonstrieren und frei ihrer Meinung Ausdruck verleihen, daß sie nicht einverstanden sind mit der Politik des damaligen CDU-Bundeskanzlers Adenauer. Sie waren jung und wollten nicht das neue Kanonenfutter des remilitarisierten westdeutschen Staates werden. Statt kalten Krieg forderten sie Frieden, statt versklavenden Generalvertrag mit den westlichen Besatzungsmächten verlangten sie einen wahren Friedensvertrag, wie ihn die Sowjetunion vorschlug. Deswegen marschierten über 30 000 junge Kommunisten, Sozialdemokra-



Philipp Müller

Die Friedenskarawane in Essen war eine von zahllosen Aktionen, mit denen die Mehrheit der Bevölkerung ihr Nein zur Remilitarisierung öffentlich machte. Schon am 25. September 1950 hatten 25 000 junge Bergarbeiter auf ihrem 1. Jugendtag den Bundespräsidenten Heuß mit dem Sprechchor begrüßt: »Wir wollen keine Soldaten sein - Theodor, geh du allein!« Starke Resonanz fand ein Brief Martin Niemöllers an Bundeskanzler Konrad Adenauer, in dem er eine Volksbefragung über die Wiederaufrüstung forderte. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Vertrauliche Vierteljahresbericht, den der US-amerikanische Hohe Kommissar McCloy Ende 1950 seiner Regierung erstattete. Darin konstatierte er »die aufrichtige und ziemlich verbreitete Überzeugung, im

Lichte der jüngsten Erfahrungen könne die Wiederaufrüstung für Deutschland nicht als ein Weg zu Frieden und Sicherheit gewertet werden«; darum stoße die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Militärbündnis auf »eine ausgedehnte und nachdrückliche Opposition der Deutschen«.

Auf den Punkt brachte es Anfang 1951 der Deutschland-Korrespondent der *New York Times*, Drew Middleton: »Der Enthusiasmus, den die westlichen Generale und Politiker über die deutsche Wiederbewaffnung bekunden, findet in diesem Lande keinen Widerhall. Insbesondere trifft das auf jene Erwachsenenkontingente zu, aus denen die Truppen rekrutiert werden müssen.« Middletons Rat an die Politiker seines Landes: »Zwingen Sie jetzt nicht den Deutschen die Wiederbewaffnung auf; sie wollen es nicht.«

ten, Gewerkschafter, „Falken“, Pfadfinder, Naturfreunde und Angehörige kirchlicher Jugendorganisationen gemeinsam aus allen Teilen der BRD nach Essen. Sie gaben ihrem Zug den Namen Friedenskarawane. Wohl wissend, daß ihre Demonstration Kampf war, ahnten sie nicht, daß er auf Leben und Tod gehen sollte.

Aus Bonn war der Befehl ergangen, die Demonstration zu verbieten. Doch die 30 000 ließen sich nicht verbieten, für den Frieden zu sein. Da tat die westdeutsche Polizei, was imperialistische Büttel in solchen Fällen immer tun: Mit Gummiknüppeln, Schlagringen und Stahlruten schlugen sie auf die Demonstranten ein. Und als auch das die jungen Friedenskämpfer nicht vertrieb, kam das Kommando: Feuer frei! Unter dem Kugelhagel brachen mehrere Jugendliche zusammen. Für einen von ihnen war der hinterrücks abgegebene Schuß durch Herz und Lunge tödlich: Der 21jährige Kommunist Philipp Müller aus München-Neuaubing war das erste Todesopfer des wiedererstandenen deutschen Militarismus.

Unsere Antwort damals war, daß wir unsere Aktivitäten zur Stärkung unseres jungen Arbeiter-und-Bauern-Staates vervielfachten – eingedenk der noch heute gültigen Worte, die in jenen Tagen der Dichter Johannes R. Becher schrieb: „Die Mordtat bleibt den Mördern unvergessen: Denkt stets an jenen 11. Mai in Essen!“

Zeno Zimmerling

die JW im Mai 1972

In dieser Stimmung fand Niemöllers Vorschlag für eine Volksbefragung breite und starke Unterstützung. Auf Initiative der Friedensbewegung rief ein Kongreß in Essen zu einer Volksbefragung auf. Eine siebenköpfige Abordnung überbrachte diese Forderung in Bonn. Sie wurde von Adenauers persönlichem Referenten empfangen. Die Antwort war Schweigen. Bonn

reagierte erst, als ein Ausschuß gegen die Remilitarisierung auf eigene Faust mit der Volksbefragung begann. Am 24. April 1951 erfolgte das regierungsamtliche Verbot. Begründung Die beabsichtigte Volksbefragung stelle »einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar«. Trotz des Verbotes sprachen sich bis zum 16. März 1952 mehr als neun Millionen Bürger gegen die Remilitarisierung aus. Die Furcht der Regierenden vor der Meinung des Volkes war augenscheinlich begründet.

Hier schließt sich der Kreis. Philipp Müller war das erste Todesopfer der gegen den Willen der Mehrheit

des Volkes dann durchgesetzten Wiederaufrüstung. Die kalkulierte Polizeiwillkür hatte den Zweck, den Widerstand gegen diese Politik zu brechen. »Adenauer beginnt scharf zu schießen,« stand am 14. Mai 1952 in der *Weltbühne*. Mit den Todesschüssen von Essen begann eine Blutspur polizeilicher Gewalt gegen friedliche Demonstranten. Zu den späteren Opfern gehören Benno Ohnesorg in Westberlin und Günter Sare in Frankfurt a.M. [...]

SOLIDARITÄT

REFLEXIONES *de fidel*

WAS OBAMA WEISS



[...] Mehrfach habe ich über das niederträchtige Abkommen gesprochen, das die Vereinigten Staaten von Amerika den Ländern Lateinamerikas und der Karibik aufgezwungen haben, als sie die OAS während des in Bogotá im April 1948 stattgefundenen Außenminister-Treffens gründeten. Zufälligerweise

war ich dort, um eine lateinamerikanische Studentenkonzferenz zu fördern, deren Hauptziel im Kampf gegen die europäischen Kolonien und die grausamen, von den USA in dieser Hemisphäre eingesetzten Tyranneien bestand.

Einer der herausragenden politischen Führer Kolumbiens, Jorge Eliécer Gaitán, der die fortschrittlichsten Schichten Kolumbiens, die gegen den Yankee-Auswuchs waren, allmählich vereinigt hatte, und über dessen nächsten Wahlsieg es keine Zweifel gab, hat die Studentenkonzferenz unterstützt. Er wurde heimtückisch ermordet. Sein Tod löste die Rebellion aus, die nun mehr als ein halbes Jahrhundert andauert.

Soziale Kämpfe sind seit Jahrtausenden an der Tagesordnung, seitdem die Menschen mittels eines Krieges über eine Überschussproduktion verfügt haben, um die Grundbedürfnisse des Lebens zu decken.

Wie bekannt ist, ging die physische Sklaverei, die brutalste Ausbeutungsform, in einigen Ländern erst vor etwas mehr als einem Jahrhundert zu Ende, wie das in unserem eigenen Vaterland in der Endphase der spanischen Kolonialmacht der Fall war.

In den Vereinigten Staaten selbst hat sich die Versklavung afrikanischer Nachkommenschaft bis in die Präsidentschaftszeit von Abraham Lincoln hingezogen. Die Abschaffung dieser brutalen Ausbeutungsform erfolgte nur knapp 30 Jahre früher als in Kuba.

Martin Luther King träumte von der Gleichberechtigung der Schwarzen in den Vereinigten Staaten, und es liegt nur 44 Jahre zurück, als er im April 1968 schändlich ermordet wurde.

Unsere Zeit ist durch den beschleunigten Fortschritt von Wissenschaft und Technologie geprägt. Ob wir uns dessen bewusst sind oder nicht, das ist es, was

die Zukunft der Menschheit bestimmt, es handelt sich dabei um eine ganz neue Phase. Der wirkliche Kampf unserer Gattung für ihr eigenes Überleben ist es, was in jedem Winkel der globalisierten Welt den Vorrang hat.

Gegenwärtig sind alle Lateinamerikaner, und besonders unser Land, von dem Prozess betroffen, der sich in Venezuela, der Heimat des Befreiers von Amerika, abspielt.

Ich brauche kaum zu wiederholen, was Sie bereits wissen: die enge Verbindung zwischen unserem und dem venezolanischen Volk, zu Hugo Chávez, dem Förderer der Bolivarianischen Revolution und der von ihm gegründeten Vereinten Sozialistischen Partei.

Eine der ersten, von der Bolivarianischen Revolution geförderten Aktivitäten war die medizinische Zusammenarbeit mit Kuba, ein Bereich, in dem unser Land ein besonderes Prestige gewonnen hat, das heute in der internationalen öffentlichen Meinung anerkannt ist. Tausende Zentren, ausgestattet mit Spitzentechnologie, weltweit von der spezialisierten Industrie geliefert, wurden von der Bolivarianischen Regierung geschaffen, um die Bevölkerung zu behandeln. Chávez hat seinerseits für seine eigene Gesundheit keine teuren Privatkliniken gewählt, sondern begab sich in die Hände derselben medizinischen Dienste, die er auch seinem Volk geboten hat.

Außerdem haben unsere Ärzte einen Teil ihrer Zeit der Ausbildung venezolanischer Ärzten in den von der Regierung zu diesem Zweck eingerichteten Unterrichtsräumen gewidmet. Die venezolanische Bevölkerung erhielt, unabhängig vom persönlichen Einkommen, die fachärztliche Versorgung durch unsere Mediziner, womit sie zu einer der best betreuten in der Welt wurde, und die Gesundheitskennziffern haben sich sichtbar verbessert.

Präsident Obama weiß das sehr wohl und hat das gegenüber einigen seiner Gäste erwähnt. Zu einem von ihnen hat er ganz offen gesagt: „Das Problem ist, dass die Vereinigten Staaten Soldaten schickte, Kuba jedoch Ärzte.“

Chávez, ein Staatsoberhaupt, der in zwölf Jahren keinen Moment der Ruhe hatte, und sich trotz eiserner Gesundheit eines Tages von einer unerwarteten Krankheit betroffen sah, von seinen Fachärzten entdeckt und behandelt, war nicht leicht von der Notwendigkeit zu überzeugen, einer eigenen Gesundheit maximale Aufmerksamkeit zu widmen. Seither hat er die notwendigen Maßnahmen mustergültig befolgt, ohne seine Pflichten als Staatschef und Führer seines Landes zu beeinträchtigen.

Ich wage seine Haltung als heldenhaft und diszipliniert zu beschreiben. In seinen Gedanken stehen seine Pflichten über allem, manchmal bis zur Erschöpfung. Ich kann das bezeugen, da ich immer im Kontakt mit ihm geblieben bin und mich ständig mit ihm austausche. Seine fruchtbringende Intelligenz hat nie aufgehört, sich der Untersuchung und Analyse der Probleme des Landes zu widmen. Er amüsiert sich über die Niederträchtigkeit und die Verleumdungen der Wortführer der Oligarchie und des Imperiums. Ich habe nie gehört, dass er Beleidigungen oder Gemeinheiten über seine Feinde gesagt hätte.

Der Feind kennt die Charakterzüge von Präsident Chávez und vervielfacht die Anstrengungen, um ihn zu verleumden und ihm Schläge zu versetzen. Meinerseits zögere ich nicht, meine bescheidene Meinung zu sagen, die auf mehr als einem halben Jahrhundert Kampferfahrung basiert, dass die Oligarchie dieses Land nie wieder regieren wird. Deshalb ist es beunruhigend, dass die US-Regierung sich unter diesen Umständen entschieden hat, den Sturz der Bolivarianischen Regierung zu begünstigen.

Andererseits ist es eine grobe Lüge, an der verleumderischen Kampagne festzuhalten, dass es unter den leitenden Funktionären in der Bolivarianischen Regierung harte Auseinandersetzungen gibt, wer die Führung der revolutionären Regierung übernimmt, falls der Präsident seine Krankheit nicht überwindet.

Ganz im Gegenteil, ich konnte die sehr enge Einigkeit in der Führung der Bolivarianischen Revolution beobachten.

Eine Fehlentscheidung von Obama könnte unter diesen Umständen zu einem Blutbad in Venezuela führen. Venezolanisches Blut ist ekuadorianisches, brasilianisches, argentinisches, bolivianisches, chilenisches, uruguayisches, mittelamerikanisches, dominikanisches und kubanisches Blut.

Man sollte von dieser Tatsache ausgehen, wenn man die politische Lage in Venezuela analysiert.

Versteht man dann, warum die Hymne der Arbeiter fordert, die Welt zu ändern, indem das bourgeoise Imperium gestürzt wird?

Fidel Castro Ruz

27. April 2012

19.59 Uhr

QUELLE:

cuba.cu/gobierno/reflexiones/reflexiones.html

LITERATUREMPFEHLUNGEN

GEHEIM NR.1/2012



4,30€; zu bestellen bei:

abo-probeexemplar@geheim-magazin.de

OFFENSIV 4/12

Redaktionsnotiz:

In diesem Heft beschäftigen wir uns mit Israel, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Italien und Spanien, mit den jüngsten Entwicklungen in China, dazu gibt es Nachrichten aus der Kommunistischen Initiative, zwei Buchbesprechungen und unter der Rubrik „Resonanz“ kritische Stellungnahmen zur Ausgabe 2 und vor allem der Ausgabe 3 dieses Jahres.

Ihr werdet Euch wahrscheinlich wundern, warum wir einen Aufruf zur Verhinderung des Naziaufmarsches in Plauen bringen, obwohl die Demonstration gegen die Neofaschisten zum Zeitpunkt der Auslieferung dieser Ausgabe der offensiv schon Vergangenheit ist. Wir drucken diesen Text, weil er den hergesuchten Anlass der Nazi-Aktivitäten, die Geschichte Plauens und eine kommunistische Haltung zu der Sache sehr gut verdeutlicht.

GEHEIM-Dossier

Iran - Weiter Kriegsgefahr	11
Iran - Kein Wille zum Bau der A-Bombe	12
Iran - Joint Venture von CIA und MEK	14
Syrien - Westliches Debakel	16
Syrien - NATO kopiert Libyen-Modell	18
EU-Pressefreiheit auf Europäisch	19
USA-NRO als Instrumente der Außenpolitik	20
Ägypten - US-Einmischung	25
Venezuela - Anti-Putsch-Kommando	27

In der Festung Europa

Soziale Medien -	
Taktische Informationsgewinnung	4
Frankreich -Operation Sarkozy	5
Deutschland - „Harter Hund“ fletscht Zähne	9
BigBrother - Nr. 19	10

Agent des Quartals

Mark „Lucky“ Sullivan -	
Geheimdienstchef mit	
Vergangenheit	28

GEHEIM-Impressum	2
Aus der GEHEIM-Redaktion	3
Naming Names	27

Hinweisen möchten wir Euch auf die zweite Buchbesprechung in diesem Heft, eine Werbung in eigener Sache. Die begriffliche Schärfung der anti-imperialistischen Solidarität, ihre Gründung in der Analyse der Verhältnisse ist dringend notwendig, deshalb würden wir uns freuen, wenn Ihr uns in diesem Anliegen unterstützen könntet. Alles weitere ab Seite 53!

Frank Flegel, Hannover

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146
bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80,
Kennwort: Offensiv

Redaktionsnotiz.....	3
Netzwerk Cuba.....	4
Pressemitteilung des Vorstands des Netzwerk Cuba zur EU-Politik gegenüber CUBA.....	4
Kommunistische Initiative.....	5
<i>Kommunistische Initiative: Naziaufmarsch in Plauen verhindern!</i>	5
<i>Kommunistische Initiative: Pressemitteilung zur außerordentlichen Bundesmitgliederversammlung</i>	8
<i>Kommunistische Initiative: Offener Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)</i>	9
Israel.....	11
<i>Evelyn Hecht-Galinski: Israel mordet mit großer Vorsicht und Präzision!</i>	11
<i>Iran German Radio: Israel will den UN-Menschenrechtsrat boykottieren</i>	15
Spanien.....	16
<i>Gerhard Feldbauer: Bei Guadalajara im Monat März</i>	16
China.....	20
<i>Reinhold Schramm: Chinas verbliebene Staatsbetriebe - auf der Resterampe für Schnäppchenjäger</i>	20
<i>Reinhold Schramm (Bereitstellung): Multinationale Konzerne und ausländische Direktinvestitionen in China</i>	21
<i>Reinhold Schramm: Chinas Milliardäre</i>	27
<i>Zeng Wenhui/Beijing Rundschau/Reinhold Schramm: Reich zu Reich gesellt sich gern - Chinas Einkommenskluft soll sich schließen</i>	29
<i>China Dayly/Reinhold Schramm: Chinas Ackerland liegt brach, während Bauern sich in Städten verdingen</i>	31
<i>INKOTA Netzwerk e.V.: Chinesische Investoren, die in anderen Staaten in Ackerland investieren</i>	32
Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Italiens.....	36
<i>Gerhard Feldbauer: Im April 1867 entstand die erste Sektion der IAA in Italien</i>	36
Resonanz.....	42
<i>Hansjör Schupp: Revisionismus nicht bestimmend für die Niederlage?</i>	42
<i>Dieter Junge: Freude und Schrotthaufen</i>	43
<i>Michael Opperskalski: Widerspruch</i>	45
Buchbesprechungen.....	48
<i>Ute Grothusen: DIE deutsch-deutsche Frage - Warum wollen Politiker Demokratie und Recht immer nur anderswo?</i>	48
<i>Frank Flegel: Lest, studiert, gebt weiter und diskutiert unsere Broschüre „Anti-imperialistischer Widerstand“!</i>	53

**MIT KOMMUNISTISCHEM GRUß,
MARTIN**

www.kommunistische-initiative.de
kontakt@kommunistische-initiative.de

